

Superrotes Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ

linz.kpoe.at



Mit einer Petition an den Nationalrat forderte die KPÖ rasche Maßnahmen für leistbares Wohnen. Aber die Regierungen – egal ob rot-schwarz, schwarz-blau oder schwarz-grün – blieben bisher untätig.

Wohnen darf keine Ware sein!

Der Wohnungssektor verkommt immer mehr zu einem Markt. Wohnen wird immer teurer. Jene die viele Immobilien besitzen, werden noch reicher.

Statt leistbarem Wohnraum entstehen vermehrt Spekulationsobjekte, die hohe Gewinne für wenige versprechen. Dabei ist es oft sogar gleichgültig, ob diese überteuerten Wohnungen später leerstehen – wie

derzeit rund tausend Wohnungen in Linz. Bestes Beispiel hierfür sind die „Lenau-Terrassen“ am ehemaligen Frachtenbahnhof-Areal. Dieses Hochhaus unmittelbar neben der genossenschaftlich errichteten „Grü-

nen Mitte“ steht rund zwei Jahre nach Fertigstellung nach wie vor zur Hälfte leer. Von 167 Wohnungen sind derzeit lediglich 80 vermietet. Klar ist, der Markt kann keinen leistbaren Wohnraum für alle schaffen.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin

Die Pandemie trifft nicht alle gleich

Besonders Frauen sind wieder mal die Gelackmeierten. Entweder abgeklatscht als Systemerhalterinnen oder in der Kombination Homeoffice, Haushalt und Kinderbetreuung an den Herd verbannt.

Besorgniserregend ist auch die hohe Zahl arbeitslos gemeldeter Linzerinnen. 4.707 waren es mit Jahresbeginn. Und da sind noch gar nicht die ins Strudeln gekommenen Gewerbetreibenden und Kulturschaffenden miteingerechnet. Die Erwerbschancen für Frauen haben sich spürbar

verschlechtert und damit auch die Aussicht auf ein unabhängiges Leben. 20 Prozent weniger Lohn und gar 42 Prozent weniger Pension als Männer kommen noch dazu. Umso wichtiger sind Sozialleistungen wie der Aktivpass, der 21.600 Linzerinnen mit geringem Einkommen unterstützt.



Wir haben Platz!

Die KPÖ hat im Linzer Gemeinderat bereits zwei Resolutionen gestellt, um endlich Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer aus den Elendslagern in Griechenland und Bosnien aufzunehmen. Denn was in diesen Lagern passiert, ist eine Menschenrechtsverletzung und Schande für Europa.

Deshalb fordern wir die österreichische Bundesregierung auf, endlich Verantwortung zu übernehmen und geflüchtete Menschen aus den menschenunwürdigen Lagern aufzunehmen. Leider wurden die Resolutionen an die Bundesregierung durch die Stimmenthaltung der SPÖ verhindert.

Am Anfang des Jahres haben wir als KPÖ unter dem Motto „Menschenrechte sind grenzenlos – #evakuierenjetzt“ zu einer Lichtermeer-Kundgebung am Linzer Pfarrplatz aufgerufen.

Seit Jänner gibt es in Linz jedes Wochenende auch Protestcamps von der Plattform Solidarität gemeinsam mit anderen Organisationen, um Solidarität mit den Menschen in Not zu zeigen und gegen die hartherzige Haltung der österreichischen Bundesregierung zu protestieren. Denn wir haben Platz!

Elisa Roth
Sozialarbeiterin, Betriebsrätin,
Aktivistin bei der Plattform
Solidarität OÖ

Hotspot Meinungen zu einem aktuellen Thema

Wie weiter in der Kultur?

Seit Monaten geschlossene Theater und Kinos, keine Konzerte und Veranstaltungen, ohnehin prekär arbeitende Kulturschaffende in der Existenzkrise: Corona trifft die Kultur besonders stark. Wie sehen AktivistInnen von Kulturinitiativen diese Situation, wie kann ein kulturpolitischer Neustart aussehen?



Dominika Meindl
Schriftstellerin

Danke für den Härtefallfonds für Einzelkünstlerinnen, aber wir sind keine Einzelkämpfer! Auch vor der Seuche konnten es sich die wenigsten von uns leisten, nur von ihrer Kunst zu leben – und viele schauen jetzt durch die Finger. Nach dem Lock-Up also gleich her mit der großen, solidarischen Reform!



Jörg Weiß
Vorsitzender Kulturverein Willy

Die Ungleichbehandlung von Kunst und Kultur trotz guter Sicherheitskonzepte ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit. Die Kulturszene wird ihrem Schicksal und ihren Existenzängsten überlassen. Wir brauchen einen Schutzschirm. Einen Neustartfonds und eine Kehrtwende in der Finanzierung statt Aus Hungern der freien Szene.



Snessia
Rapperin

Das Konzertfeeling lässt sich leider nicht über einen Online-Stream transportieren. Ich würde mich freuen, wenn demnächst wieder Konzerte (wenn auch nur im Freien) erlaubt sind. Was spricht dagegen, eine Test- und Maskenpflicht für das Publikum bei Konzerten einzuführen?

Wollen Sie Infos?
Wenn Sie mehr über die
Linzer **KPO** wissen wollen:

- +43 (0) 732 652156 (Mo–Fr 8–14 Uhr)
- linz@kpoe.at
- linz.kpoe.at
- KPÖ-Linz, Melicharstraße 8, 4020 Linz
- facebook.com/kpoe.ooe
- twitter.com/kpoe_linz



Geht es nach Bürgermeister Luger soll Linz nach oben wachsen. Doch die Wohnungen in den Hochhäusern sind durchwegs sündteure Anlageobjekte für Investoren und Spekulanten. Sozialer Wohnbau sieht anders aus.

Rote Ziegel statt „Betongold“

Rund zwei Drittel aller Mietwohnungen in Österreich sind in privater Hand und unterliegen damit Profitinteressen. Große Investoren und Kleinanleger wollen auf Kosten der MieterInnen Gewinne aus ihren Wohnungen erzielen.

Befristete Mietverträge und fehlende Mietzinsobergrenzen erhöhen die Preise. Verlierer sind einkommensschwache Personen, die häufig mehr als 50 Prozent ihres Einkommens fürs Wohnen aufwenden müssen.

Hoch hinaus?

Investorenprojekte wie „Lenau Terrassen“ und „Bruckner-Tower“ zeichnen sich durch einfallsslose (Hochhaus-)Architektur aus. Je-

der Quadratmeter „Betongold“ soll in Geld umgemünzt werden. Die Folgen sind zu wenige sowie zu kleine Gemeinschaftsflächen und Begegnungszonen.

Hohe Mieten

Man baut lieber teure Tiefgaragenstellplätze statt großzügiger Fahrradräume und Waschküchen. Mit Quadratmetermieten zwischen neun und weit über elf Euro sind solche Woh-

nungen weitaus teurer als in qualitativ vergleichbaren Genossenschaftsbauten. Man lockt mit großzügigen Balkonen, die hoch oben durch starken Wind kaum nutzbar sind.

Beispiel Brucknertower

Ab Juni sollen die knapp 380 Wohnungen im „Bruckner-Tower“ bezugsfertig sein. Je nach Stockwerk kostet eine durchschnittliche Einzimmerwohnung (37 m²) zwischen 180.000 und 208.000 Euro. Die Bauträger schlagen dazu einen Mieterlös von elf Euro pro Quadratmeter vor, der Garagenplatz soll weitere 90 Euro kosten. Die Wohnung käme damit auf rund 500 Euro pro Monat. So soll den Anlegern eine Rendite von 3,6 Prozent pro Jahr ermöglicht werden – finanziert von den MieterInnen.

Info-Wohnen

Heizkostenzuschuss

Noch bis 23. April kann der Heizkostenzuschuss für den Winter 2020/21 von 152 Euro beantragt werden. Einkommensgrenze 950 Euro (Alleinstehende), 1.500 Euro (Paare) plus 250 Euro pro Kind.

Kautionsfonds

Anspruch ab 18 Jahre, Hauptwohnsitz in Linz, Einkommen unter 1.400 Euro, Paare unter 2.100 Euro, plus 300 Euro pro Kind. Anträge bei **Beratungsstelle Kompass, Neues Rathaus.**

Splitter aus dem Gemeinderat

Landstromversorgung weiter offen

Anlässlich der Sanierung der Poller an der Donau urgierte die KPÖ die überfällige Landstromversorgung für Kreuzfahrtschiffe. Tourismusreferentin Doris Lang-Mayrhofer (ÖVP) teilte mit, dass es dazu einen bundesweiten Konsens gibt, sich die Realisierung aber durch Corona verzögert.

Parteienforum im „Lebendigen Linz“

Ein Antrag von KPÖ und NEOS für ein Parteienforum im „Lebendigen Linz“ wurde einem Ausschuss zugewiesen. Derzeit dient das Stadtmagazin hauptsächlich als Selbstdarstellung für die vier Stadtsenatsparteien, der gewählte Gemeinderat kommt dort kaum vor.

Flughafen Linz: Wie weiter?

Bereits 2014 wies die KPÖ auf die Situation des Flughafens Linz-Hörsching hin, an dem die Stadt zu 50 Prozent beteiligt ist. Das Passagieraufkommen ist seither weiter zurückgegangen, die Luftfracht 2020 aber gestiegen. Mit einer Anfrage im März 2021 wurde neuerlich die Frage aufgeworfen, ob kleine Regionalflughäfen aus ökologischer und wirtschaftlicher Sicht eine Perspektive haben.

Mehrheit für Bleiberecht

Gegen die Stimmen der FPÖ und bei Enthaltung der ÖVP beschloss der Gemeinderat am 4. März auf Initiative der KPÖ eine Resolution an die Bundesregierung für ein humanitäres Bleiberechts für Asylsuchende. Gefordert wird die Einbeziehung der Gemeinden, um die lokalen Gegebenheiten bei den Entscheidungen zu berücksichtigen.

Aktuell, Nummer 2, März 2021

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Tel.: +43 (0) 732 652156, E-Mail: ooe@kpoe.at, Web: ooe.kpoe.at; Konto Oberbank, IBAN: AT52 1500 0004 8021 9500, BIC: OBKLA22L, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Scheinost, Meister Eder, Ang. Wonisch



Schon 2004 wurde unter Finanzminister Grassler die Eisenbahnersiedlungsgesellschaft (EBS) an ein schwarz-rotes Konsortium von Raiffeisen und Wiener Städtische verkauft. Jetzt will die ÖBB den Restbestand ihrer Wohnungen wie hier im Franckviertel privatisieren.

Stadt soll ÖBB-Häuser übernehmen

Die ÖBB-Immobilienmanagement GmbH will die Miethäuser rund um den Obachplatz, Kreißlerplatz und Gölsdorferstraße im Franckviertel verkaufen. Die Linzer KPÖ fordert die Stadt auf, diese Liegenschaft über die städtische GWG zu erwerben und damit leistbaren Wohnraum zu erhalten.

Denn die Sorgen der Mieter und Mieterinnen vor einer Übernahme durch einen Investor ist berechtigt. Die Verkaufsabsicht der ÖBB kommt nicht überraschend. Leerstand und Sanierungsrückstand prägen die zum Verkauf stehenden Häuser.

Die Stadt muss nun den Stier an den Hörnern packen und den Ankauf der Liegenschaft für Beseitigung des Leerstands, für notwendige Sanierungen und den Weiterhalt der leistbaren Mietwohnungen nutzen.

Soli-Fonds wird reformiert

Die KPÖ stellte im Herbst 2020 eine Anfrage zur Ausschöpfung des Linzer Solidaritätsfonds. Der mit einer Million Euro ausgestattete Fonds sollte durch die Coronakrise in Not Geratenen helfen.

Bürgermeister Luger teilte zu Jahresende mit, dass bis dahin nur 3.000 Euro an neun Förderwerber ausgezahlt, hingegen 104 Förderanträge zurückgewiesen wurden. Enge Förderkriterien und Bürokratismus machten den Fonds zur unüberwindbaren Hürde für Hilfesuchende. Der Bürgermeister zeigte Einsicht und kündigte die

Neuaufstellung des Solidaritätsfonds für 2021 an. Die Frage warum nicht bereits im Sommer erkennbare Mängel behoben wurden, blieb er allerdings schuldig. Erst die KPÖ-Anfrage brachte den Missstand ans Licht. Klar ist, es braucht mehr rasche und unbürokratische Hilfe und weniger leere Versprechungen.

Hohe Kosten, wenig Nutzen

In Graz soll eine U-Bahn um 3,3 Milliarden Euro gebaut werden. Auch Linz hat ein solches „Millionengrab“ – die „Neue Straßenbahnachse“.

Beim Grundsatzbeschluss im Gemeinderat stimmte 2011 nur die KPÖ wegen der unterirdischen Trassenführung und unklarer Finanzierung nicht zu.

Mitte 2019 ließ man das Projekt offiziell fallen. Weder Land noch Bund wollten die hohen Kosten für die „Mini-U-Bahn“ mittragen. Statt nun günstigere, für Fahrgäste attraktivere und für den öffentlichen Verkehr bessere, oberirdische Lösungen anzugehen, wird aber weiter versucht eine unterirdische Bahn durchzubringen. Schon jetzt müssen über 7,5 Mio. Euro für diese verkehrspolitische Sturheit und Fehlplanung an die Linz AG gezahlt werden.

Die KPÖ will stattdessen mehr menschliches Maß und Verstand bei der Verkehrsinfrastruktur. Statt teurer Prestigeprojekte sollten viele kleine Verbesserungsmaßnahmen für Öffis angegangen werden, die in Summe weit mehr bringen.

Wir wollen dichtere Intervalle, längere Betriebszeiten, fahrgastnahe und -freundliche Fahrzeiten und Haltestellen, Busspuren für eine staufreie Fahrt und mehr Zusammenarbeit der Verkehrsunternehmen.

Damit steigt die Lebens- und Verkehrsqualität in der Stadt und es wäre mehr Geld für andere soziale und ökologische Projekte da.